

Fre 19/01

Eingang
19/01/23
SL

20/8790

Kleine Anfrage

Torsten Felstehausen (DIE LINKE) vom 07.07.2022

Umsetzung der Empfehlungen der Experten-Kommission für die hessische Polizei – Teil 1

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Im Juni 2021 veröffentlichte die Expertenkommission „Verantwortung der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft – Die gute Arbeit der Polizeibeamten stärken, Fehlverhalten frühzeitig erkennen und ahnden“ ihren Abschlussbericht. Darin wurde eine Reihe von Handlungsempfehlungen zur Umsetzung durch die Landesregierung vorgeschlagen

(https://innen.hessen.de/sites/innen.hessen.de/files/2021-10/20210712_abschlussbericht_experten-kommission.pdf).

Am 29. Juni 2022 zogen Innenminister Peter Beuth, der Leiter der Stabsstelle Fehler und Führungskultur, Felix P. sowie der Integritätsbeauftragte der hessischen Polizei, Harald S., auf einer Pressekonferenz eine Zwischenbilanz zum Stand der Umsetzungen der Empfehlungen.

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Durch die im Sommer 2020 eingesetzte unabhängige Expertenkommission wurden bereits angestoßene Maßnahmen des Landes zur Stärkung der Resilienz der hessischen Polizei bewertet. Auf Basis eigener Untersuchungen und Analysen erarbeitete die Expertenkommission ergänzend Handlungsempfehlungen für die Zukunft.

Die am 12. Juli 2021 im Abschlussbericht genannten Empfehlungen sind zum weit überwiegenden Teil umgesetzt oder in der Umsetzung. Für jede Empfehlung gilt, dass sie bestmöglich umgesetzt wird, soweit dies in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht möglich ist und eine Umsetzung übergreifend oder aus Organisationssicht zielführend erscheint.

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Fehlerkultur in der hessischen Polizei sind die Empfehlungen der Expertenkommission ein wichtiger Beitrag. Zur zielgerichteten, schnellen und konsequenten Prüfung und Umsetzung der Empfehlungen wurde die Stabsstelle „Fehler- und Führungskultur Polizei“ eingerichtet und unmittelbar beim Staatssekretär des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport angesiedelt.

Die Stabsstelle hat den Abschlussbericht umfassend analysiert und alle Empfehlungen nach Themenfeldern geclustert. Daraus entstanden die Teilprojekte Leitbild, Kommunikation, Aus- und Fortbildung, Studium, Gefährdungslagenmanagement und Opferschutz, Vielfalt sowie Organisationsentwicklung. Weitere Empfehlungen werden durch die Regelorganisation im Landespolizeipräsidium und das Projekt Sichere Daten bearbeitet.

In der Gesamtprojektstruktur arbeiten an der praxisgerechten Umsetzung der Empfehlungen mehr als 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen hessischen Polizeibehörden.

Ziel des Umsetzungsprozesses ist die nachhaltige Stärkung einer positiven Fehler- und Führungskultur und der entsprechenden Strukturen. Fehler sind auch im polizeilichen Handlungskontext menschlich und nicht immer vermeidbar. Der Umgang mit Fehlern im Polizeialltag muss jederzeit transparent und konstruktiv sein.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Die Expertenkommission empfiehlt die Überprüfung des Verhaltens der Bewerber für den Polizeidienst in den sozialen Medien (Abschlussbericht der Expertenkommission, S.40)

- a) Wird die Empfehlung innerhalb dieser Legislaturperiode umgesetzt sein, bzw. wie ist der Stand der Umsetzung? (Bitte konkrete Handlungsschritte der Umsetzung aufzählen)
- b) Auf welcher rechtlichen Grundlage und anhand welcher Methodik soll eine solche Überprüfung umgesetzt werden?
- c) Ist bei der Überprüfung die Nutzung von Palantir / HessenDATA vorgesehen?

Die Fragen 1a) bis 1c) werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Umsetzung der oben genannten Empfehlung der Expertenkommission wird insoweit unter Vorbehalt gestellt, dass die Einführung einer entsprechenden Überprüfung rechtlich und tatsächlich machbar ist (S. 40 Abschlussbericht). Die Prüfung der vorgenannten Parameter ist bereits angestoßen. Um festlegen zu können, in welchem Rahmen künftig eine solche Überprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern im Eignungsauswahlverfahren (EAV) sachgerecht und zielführend ist, wird derzeit ein Pilotverfahren entwickelt.

Die Überprüfung der Bewerberinnen und Bewerber findet seine Rechtsgrundlage in § 13a HSOG.

Der Einsatz von HessenDATA oder einer anderen Softwarelösung der Firma Palantir ist nach dem aktuellen Planungsstand nicht vorgesehen.

Frage 2. Die Expertenkommission empfiehlt mehrere Änderungen im Disziplinarrecht. Im Strafgesetz sind die Grundsätze der Strafzumessung dahingehend konkretisiert, dass rassistische, antisemitische und andere menschenverachtende Beweggründe bei der Zumessung einer Strafe zu berücksichtigen sind. Die Expertenkommission empfiehlt dies auf das

Disziplinarrecht zu übertragen, insbesondere im § 16 Abs. 1 HDG. Des Weiteren solle ein neuer § 16 Abs. 2 HDG eingeführt werden, welcher ein Regelbeispiel für schwerwiegendes Dienstvergehen skizzieren solle. Dieses Regelbeispiel solle insbesondere die Verletzung der Würde der Opfer des Nationalsozialismus als schweres Dienstvergehen identifizieren (Abschlussbericht der Expertenkommission, S.41-42)

- a) Setzt die Landesregierung eine entsprechende Anpassung des HDG in dieser Legislaturperiode um?
- b) Wie ist der Stand der Umsetzung? (Bitte konkrete Handlungsschritte der Umsetzung aufzählen)

Die Fragen 2a) und 2b) werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Alle seitens der Experten-Kommission empfohlenen Gesetzesänderungen befinden sich derzeit in der Prüfung.

Die bestehenden Regelungen des Hessischen Disziplinargesetzes (HDG) sind schon heute grundsätzlich geeignet Verletzungen der politischen Treuepflicht aufgrund extremistischer Bestrebungen festzustellen und effektiv zu ahnden.

Bislang enthält das HDG keine Regelbeispiele, also Zuordnungen einer in der Regel auszusprechenden Disziplinarmaßnahme zu einem bestimmten Dienstvergehen oder einem darin zum Ausdruck kommenden Unrechtsgehalt. Ob dementsprechende Regelbeispiele generell oder nur zu dem von der Expertenkommission thematisierten Bereich im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Verfassungstreue bzw. wegen Volksverhetzung neu in das Gesetz aufgenommen werden sollten, ist Gegenstand der aktuellen Prüfung.

Im Übrigen plant das Bundesinnenministerium einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesdisziplinargesetzes (BDG), zu dem die Länder gehört werden sollen. Da das HDG dem BDG nachempfunden ist, sollten die entsprechenden Reformvorschläge zunächst abgewartet werden.

Frage 3. Die Expertenkommission empfiehlt, den Erlass zur „Erweiterung der Berichtspflichten im Disziplinarwesen neu zu fassen und dabei mit der Benennung der rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen, rechtsextremistischen und sonstigen menschenfeindlichen Haltungen und Einstellungen einen klaren Bezug zum Extremismus zu schaffen“ (Abschlussbericht der Expertenkommission, S. 42).

- a) Wird die Landesregierung eine entsprechende Anpassung des Erlasses in dieser Legislaturperiode vornehmen?
- b) Wie ist der Stand der Umsetzung? (Bitte konkrete Handlungsschritte der Umsetzung aufzählen.)

Die Fragen 3 a) und 3b) werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Empfehlung der Expertenkommission wurde umgesetzt. In der Neufassung des Erlasses vom 27. September 2021 wurde geregelt, dass die Mitteilungspflicht nunmehr auch fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, extremistische oder sonstige menschenfeindliche Haltungen oder Einstellungen von Polizeibediensteten erfasst. Mit Wirkung zum 1. Januar 2022 erfolgte eine letzte redaktionelle Anpassung des Berichtspflichtenerlasses, um den Anwendungsbereich auf die neu gegründete HöMS (Polizeibereich) zu erweitern.

Frage 4. Die Expertenkommission empfiehlt eine Verkürzung der Dauer von Disziplinarverfahren (Abschlussbericht der Expertenkommission, S.42).

- a) Wird die Empfehlung innerhalb dieser Legislaturperiode umgesetzt sein, bzw. wie ist der Stand der Umsetzung? (Bitte konkrete Handlungsschritte der Umsetzung aufzählen.)
- b) Wie soll die Umsetzung rechtssicher gestaltet werden?

Die Fragen 4a) und 4b) werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Expertenkommission empfiehlt in ihrem Abschlussbericht die Prüfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um die Dauer von Disziplinarverfahren zu verkürzen.

Jede Maßnahme zur Verkürzung von Disziplinarverfahren muss im Einklang mit grundgesetzlich gewährten Rechtsschutzgarantien stehen. Grundgesetzliche Schutzvorschriften, insbesondere solche zur Gewährleistung eines effektiven Rechtsschutzes, können erhebliche Auswirkungen auf die Dauer der Disziplinarverfahren haben. Die benannten Verfahrensänderungen der Expertenkommission werden deshalb eingehend auf ihre konkreten Auswirkungen sowie die Zweckmäßigkeit überprüft.

Grundsätzlich gilt es zu beachten: Auch die zunehmende Menge an beweisrelevanten und auszuwertenden digitalen Datenträgern hat erheblichen Einfluss auf die Verfahrensdauer.

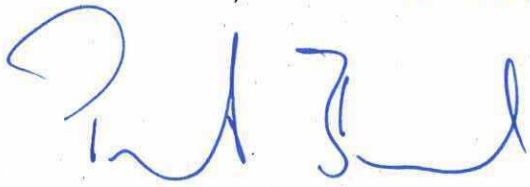
Schließlich besteht vor dem Hintergrund aktueller bundespolitischer Vorhaben auch die Möglichkeit, dass Reformen an weiteren beamtenrechtlichen Regelungen, etwa im Beamtenstatusgesetz, vorgenommen werden; hier hat sich Hessen bereits aktiv und erfolgreich eingebracht. So hat sich die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) auf ihrer 217. Sitzung vom 1. bis 3. Juni 2022 auf eine hessische Initiative hin mit der Stärkung der Verfassungstreue von Beamtinnen und Beamten befasst (TOP 58). In der Beschlussfassung hat die IMK die Feststellung getroffen, dass „das deutsche Berufsbeamtentum ein wesentlicher Garant der Demokratie und des Rechtsstaats der Bundesrepublik Deutschland“ sei und unterstrichen, dass für „Verfassungsfeinde kein Platz im öffentlichen Dienst“ sei. Auch wenn es sich im Verhältnis zu der Gesamtzahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten nur um ganz wenige Fälle handelt, ist „jeder Fall einer zu viel“. Durch die vorgenannte hessische Initiative wurde der IMK-Arbeitskreis (AK) VI - Organisation, öffentliches Dienstrecht und Personal - mit der Prüfung der Möglichkeit beauftragt, den Straftatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 StGB in § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) aufzunehmen.

Dies hätte zur Folge, dass bereits bei einer Verurteilung im Strafverfahren wegen des Straftatbestands der Volksverhetzung nach § 130 StGB zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten das Beamtenverhältnis aufgrund gesetzlicher Wirkung enden würde und ein anschließendes Disziplinarverfahren und die Erhebung der Disziplinarklage

verzichtbar wären. Eine entsprechende Änderung des BeamStG als Bundesgesetz wäre für alle Bundesländer gleichermaßen verbindlich und würde jedenfalls in den Fällen, in denen eine Verurteilung nach § 130 StGB nicht wegen fehlenden Öffentlichkeitsbezugs außer Betracht steht, für eine Verfahrensbeschleunigung sorgen.

Wiesbaden,

11.01.2023



Peter Beuth
Staatsminister